

Tagungsbericht

# Alternde Wähler, alt aussehende Politik?

## Demographie als Herausforderung für die Demokratie

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft  
am 14. Juni 2017 in Berlin



## Inhaltsverzeichnis

- 3 **Begrüßung**  
Prof. Dr. Michael Eilfort  
*Vorstand Stiftung Marktwirtschaft*
- 4 **Ökonomie des Alter(n)s –  
mehr Ab- als Aufschwung?**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest  
*ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München,  
Kronberger Kreis*
- 5 **Wie viel Alter braucht bzw. verträgt  
ein politisches System?**  
Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte  
*NRW School of Governance,  
Universität Duisburg-Essen*
- 6 **Psychologie des Alterns:  
Späte Freiheit oder Veränderungsblockade?**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr  
*Stellvertretende Vorsitzende  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Seniorenorganisationen (BAGSO) e.V.*
- 7 **Podiumsdiskussion:  
Was ist sicherer, was gerechter –  
die Rente oder neue Rentenpakete?**  
  
Kai Whittaker MdB  
*CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Junge Gruppe*
- 8 **Johanna Uekermann**  
*Juso-Bundesvorsitzende,  
Mitglied im SPD-Parteivorstand*  
  
Wolfgang Gründinger  
*Sprecher  
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen*
- Moderation der Veranstaltung**  
Margaret Heckel  
*Journalistin,  
Autorin von „Länger leben – besser arbeiten“*

---

### Impressum

Dr. Susanna Hübner (i.S.d.P.)  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin  
Tel.: (030) 20 60 57-0, [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

Text: Tabea Dorndorf  
Fotos: Kay Herschelmann





## Ökonomie des Alter(n)s – mehr Ab- als Aufschwung?

Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

*ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München,  
Kronberger Kreis*



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest thematisiert in seinem Vortrag die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Staatsfinanzen und Wirtschaftswachstum. Mit Blick auf den Status quo erläutert er, dass Deutschland im Moment noch von einer „demographischen Pause“ profitiere: „Die Baby-Boomer-Generation befindet sich auf dem Höhepunkt ihrer Produktivität, ihres Verdienstes und auch ihrer Steuerzahlungen. In den nächsten 15 Jahren wird sich das auf dramatische Weise ins Gegenteil verkehren.“ Der Eintritt dieser Generation in den Ruhestand werde unsere Gesellschaft fundamental verändern, die konkreten Auswirkungen des Alterungsprozesses seien aber schwer zu prognostizieren.

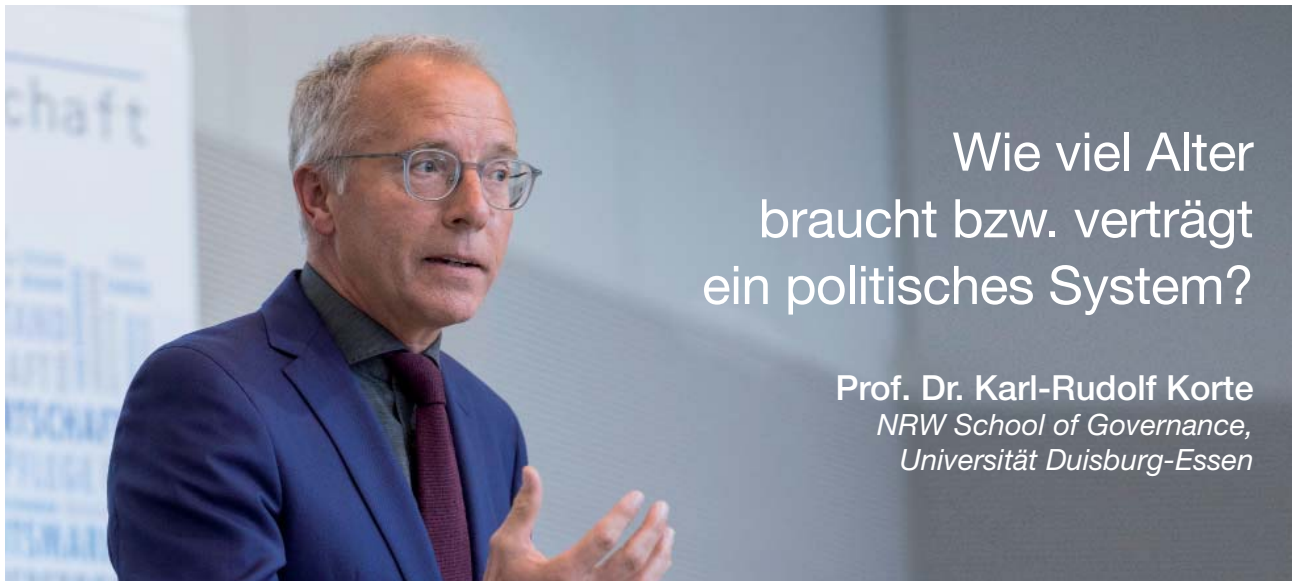
Fuest wendet sich zunächst den Staatsfinanzen zu. Die Sozialsysteme sähen vor, dass die Bürger in Jugend und Alter mehr aus den öffentlichen Kassen empfangen als sie einzahlten. Im Umlagesystem werde dies durch die arbeitenden Menschen mittleren Alters finanziert, welche Nettobeitragszahler seien. Die dabei aufgrund der Bevölkerungsalterung entstehenden finanziellen Probleme ließen sich nicht durch höhere Geburtenzahlen lösen: Mehr Kinder würden die systemischen Finanzierungsschwierigkeiten der Sozialsysteme kurz- und mittelfristig zusätzlich erhöhen.

Um die Rentenfinanzierung zu stabilisieren, könnten der Rentenanstieg weiter verlangsamt oder die Lebensarbeitszeit, der Beitragssatz und/oder der Steuerzuschuss erhöht werden. Fuest plädiert in diesem Punkt für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, obwohl sich die Lebenserwartung systematisch nach Beruf und Einkommensschicht unterscheidet. „Die Erhöhung der Lebenserwartung gehe aber durch alle Schichten. Werden von drei gewonnenen Lebensjahren zwei zusätzlich gearbeitet, ist das fair und vernünftig“, argumentiert der Ökonom. Erst darüber hinaus finde eine kritische Umverteilung statt. Die Rentenkonzepte der Parteien, insbesondere der SPD, implizierten hingegen eine Erhöhung des Bundeszuschusses – offen bliebe dabei, mit welchen Steuern dies finanziert werden solle. Fuest bezweifelt, dass man hierfür auf ein erhöhtes Produktivitäts-

wachstum durch die Digitalisierung bauen könne, da zum einen das Produktivitätswachstum seit 20 Jahren sinke und zum anderen wachsende Produktivität durch Digitalisierung zu höheren Löhnen und damit ohnehin zu höheren Rentenansprüchen führe.

Prognosen über den Einfluss der Bevölkerungsalterung auf das Wirtschaftswachstum seien zwar spekulativer, denn es fehlten Erfahrungen mit einem Alterungsprozess in der Deutschland bevorstehenden Dimension. Gleichwohl liefere die Wissenschaft in Bezug auf das Produktivitätswachstum pessimistisch stimmende Erkenntnisse: Die Spitze der individuellen Innovationsfähigkeit sei mit 30 bis 45 Jahren erreicht und auch Unternehmensgründungen würden vorwiegend in dieser Altersspanne gewagt. Hingegen würden Ersparnisse im Alter abgebaut und der Kapitalbildung dadurch entgegengewirkt. Die Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse mache zudem die Erhöhung öffentlicher Leistungen für Ältere zu Lasten langfristiger Investitionen wahrscheinlich, erklärt der Präsident des ifo Instituts. Dabei sei ein beträchtliches Produktivitätswachstum erforderlich, um trotz alterungsbedingt rückläufiger Arbeitsmarktpartizipation überhaupt ein wirtschaftliches Nullwachstum zu erzielen. „Wir werden positives Wirtschaftswachstum erleben“, prognostiziert Fuest. „Aber was wir wissen, spricht eher dafür, dass das Produktivitätswachstum abnehmen wird.“

„Die Politik muss über das Jahr 2030 hinausdenken. In Deutschland wird Nachhaltigkeit häufig zu kurzfristig gedacht“, appelliert Fuest zum Abschluss seiner Ausführungen. Deutschland solle zur nachhaltigen Sicherung der Staatsfinanzen die Teilhabeäquivalenz nicht aufgeben und für eine gerechte Kostenverteilung zwischen den Generationen sorgen, statt auf spekulative Produktionsgewinne zu bauen. Um Wachstumskräfte zu stärken, sollten Hindernisse für Arbeitsmarktpartizipation sowie Technologiefeindlichkeit abgebaut, eine gezielte Zuwanderungspolitik umgesetzt, Bildung verbessert und attraktive Bedingungen für private Investitionen geschaffen werden.



## Wie viel Alter braucht bzw. verträgt ein politisches System?

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte  
NRW School of Governance,  
Universität Duisburg-Essen

„Die Deutschen wählen sehr gerne Sicherheitsikonen“, konstatiert Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, „aber hängt das mit dem Alter zusammen?“ Um diese These kritisch zu hinterfragen, erläutert der Wahlforscher zunächst das Wahlverhalten der Deutschen. Zum einen werde heute wesentlich irrationaler und unverbindlicher gewählt als früher. Die Eigenschaften von Wählergruppen seien vor allem eines: altersunabhängig. Zum anderen dürfe man die Größe einer Altersgruppe nicht mit politischer Macht gleichsetzen. Ein Blick auf das Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten widerlege, dass nur „das Alter“ wähle und sich durchsetze: Abgeordnete seien heute im Durchschnitt jünger als zwischen 1949 und 1969 und auch jünger als heutige Führungskräfte in der Wirtschaft.

Ferner merkt der Politologe an, dass es nicht die Älteren seien, welche zukunftsängstliche „Empörungsbewegungen“ wählten. Die vergangenheitsorientierte Programmatik populistischer Parteien spreche überwiegend 40-jährige, männliche Durchschnittsverdiener an. Es sei daher vor allem die „nervöse Mitte“, die bei Wahlen nach der Konservierung von Bewährtem strebe, und nicht – wie weitläufig unterstellt – primär die Älteren.

Die Kombination von Sicherheit und Identität sei grundsätzlich ein Mobilisierungsthema für alle Altersklassen, so Korte weiter. Generationsübergreifend werde der „Typus Büroleiter“ als Politiker favorisiert, der schlicht und nüchtern statt als „Change-Maker“ auftrete. Darüber hinaus hätten die Parteien schon in der Vergangenheit eher mit Kontinuitätsversprechen als mit Zukunftsvisionen Wähler gewonnen. Überdies habe in den vergangenen Jahren das Thema Sicherheit neben der inneren, äußeren und sozialen noch eine kulturelle Dimension bekommen. Bei den diesjährigen Wahlen sei für alle Altersgruppen ein breites Sicherheitsversprechen zusammen mit der Frage nach der Zugehörigkeit verschiedener Gruppen zu unserer Gesellschaft zunehmend von Bedeutung. Weiterhin spiegele sich das Sicherheitsbedürfnis junger Menschen nicht zuletzt in

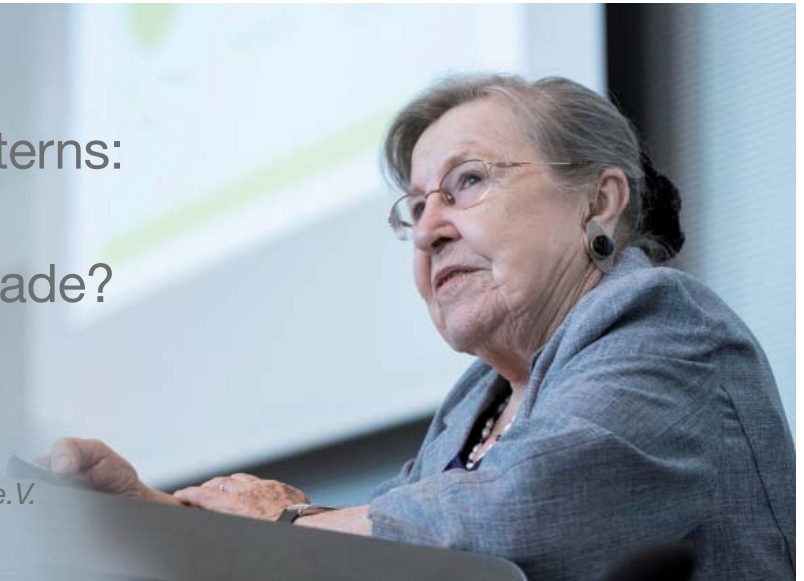
hohen Bewerberzahlen von Berufsanfängern für den öffentlichen Dienst wider.

Dass das individuelle Alter keine dominierende Rolle spielt, zeige sich auch an der politischen Einstellung von Eltern: Sofern ältere Menschen Kinder hätten, entschieden sie politisch sogar langfristiger und zukunftsorientierter als jüngere. Grundsätzlich gelte: „Enkeldenken ist nachhaltiges Denken“. Die „Ressource Ältere“ könne von Politikern also für zukunftsmutige und risikoreichere Themen genutzt werden, wenn Nachhaltigkeit über Elternschaft definiert werde. Große Bedeutung komme hierfür auch der intergenerationalen Kommunikation innerhalb der Familien zu.

Korte räumt aber eine systemische Zukunftsschwäche der Demokratie ein. Demokratische Wahlen hätten tendenziell eine kurzfristige Politikausrichtung zur Folge: Problemlösungen könnten nicht nur zukunftsorientiert gedacht werden, denn Politiker müssten in der Gegenwart wiedergewählt werden. Das intergenerative Verschieben von Herausforderungen sei also eine systemische Konsequenz der Demokratie und nicht nur mit der Zahl älterer Wähler zu begründen. Die deutsche Verhandlungsdemokratie bringe außerdem ein hohes Legitimationsstreben und die Tendenz, Entscheidungen zu vertagen, mit sich. Wenn nicht alle an den Entscheidungsprozessen Beteiligten gleichermaßen zukunftsorientiert seien, erschwere dies die Zukunftsfähigkeit zusätzlich. Das deutsche Wahlsystem, welches fast immer zu Koalitionsregierungen führe, verstärke die Problematik weiter. Hier äußere sich erneut das deutsche Sicherheitsbedürfnis, denn meist bliebe eine der vorherigen Regierungsparteien im Amt und Sorge so für Kontinuität. Anstatt die Diskussion auf das Alter der Wähler zu fokussieren, sollten laut Korte die institutionellen Rahmenbedingungen reflektiert werden, damit die politische Zeittaktung Risikobereitschaft und Nachhaltigkeit nicht verhindere. Zu überdenken seien z.B. Amtszeitbegrenzungen oder auch die Einführung von sogenannten Zukunftsräten, die sich explizit mit Zukunftsthemen befassen.

## Psychologie des Alterns: Späte Freiheit oder Veränderungsblockade?

**Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr**  
*Stellvertretende Vorsitzende  
Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Seniorenorganisationen (BAGSO) e.V.*



„Es gibt keine Altersnormen, sondern Altersformen“, lautet die zentrale Botschaft von Prof. Dr. Dr. h.c. Ursula Lehr. In Zeiten eines vielfältigen und sich beschleunigenden gesellschaftlichen Wandels seien Flexibilität, Umstellungsfähigkeit und kontinuierliches Lernen von allen Mitgliedern der Gesellschaft, egal welchen Alters, gefordert. Den Älteren werde zu Unrecht eine pauschale Veränderungsblockade unterstellt. „Je älter wir werden, desto weniger sagt die Anzahl der Jahre etwas über Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltensweisen und Erlebnisweisen aus“, erläutert die Psychologin und ehemalige Politikerin. Die Form des Alterns sei Ergebnis der individuellen Biografie und verlaufe sehr unterschiedlich: Ein generelles „Defizit-Modell“ gebe es nicht. Entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse unterstellten jedoch die Gesellschaft und viele Unternehmer den Älteren eine geringere Produktivität.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Lehr starre Altersgrenzen. In der „Zeit des langen Lebens“ würden wir nicht nur älter, sondern blieben auch gesünder und leistungsfähiger. Die tradierten Altersgrenzen des täglichen Lebens seien nicht mehr adäquat, da sie auf Ausgangsdaten des letzten Jahrhunderts basierten. Darüber hinaus verengten sie im Alter die Lebensspielräume pauschal, anders als in jungen Jahren, in denen Altersgrenzen einen Zugewinn von Rechten und Pflichten bedeuteten. Lehr kritisiert, dass dabei ein generalisierter Verlust an geistigen und körperlichen Kräften unterstellt würde, welcher im Alter jedoch höchst unterschiedlich sei.

Des Weiteren arbeitet die frühere Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit heraus, wie sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl die Familienbilder als auch die Gesellschaftsstruktur verändert haben. Heute befänden sich mit Großeltern und Urgroßeltern de facto zwei Generationen im Rentenalter. Der Generationenvertrag bestünde nicht mehr wie früher zwischen drei, sondern zwischen vier oder sogar fünf Generationen. Diese Entwicklungen seien mit dem gebräuchlichen Begriff der Überalterung

allerdings nicht treffend beschrieben. Vielmehr handele es sich um eine „Unterjüngung“, denn es gebe nicht zu viele alte, sondern zu wenig junge Menschen. Nichtsdestotrotz sei der Anspruch der Älteren, ein Viertel ihres Lebens in Ausbildung und ein Viertel in Rente zu verbringen, der jüngeren Generation gegenüber unverantwortlich. Die Frage, wann ein Mensch „alt“ sei, stelle sich angesichts späteren Einstiegs ins Berufsleben, steigender Lebenserwartung sowie besserer Gesundheit neu.

Daran anknüpfend spricht sich Lehr für eine Flexibilisierung der Altersgrenzen in der Berufswelt aus. Bis in die 1980er Jahre sei das Berufsende als „Anfang vom Ende“ gefürchtet worden. Wissenschaftler hätten schon in den 1960er Jahren die lebensverlängernde Wirkung leichter Arbeit im hohen Alter erkannt. Erst später habe sich eine positive Einstellung zum Renteneintritt mit Vorfreude auf die „späte Freiheit“ entwickelt. Neben finanziellen Anreizen seien das Erleben von Produktivität, soziale Kontakte, mentale Anregungen und ein Alltagsrhythmus aber gute Gründe, länger zu arbeiten. „Die Herausforderung zu körperlicher, geistiger und sozialer Aktivität durch eine Arbeit, die nicht unter- oder überfordert, ist als Trainingsfaktor eine Art Geroprophylaxe“, betont Lehr. „Wir brauchen eine flexible Altersgrenze, damit diejenigen, die noch arbeiten können und wollen, die Rentenkassen nicht belasten und somit diejenigen stützen, die früher die Berufstätigkeit aufgeben müssen.“ Damit einhergehen müssten eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, eine berufsbegleitende Weiterbildung und medizinische Begleitung.

Abschließend wirbt Lehr für ein Miteinander der Generationen. Die Gesellschaft sei auf die Ideen und den Veränderungsdrang der Jüngeren angewiesen. Genauso bräuchte es aber den Rat der Erfahrenen und die sorgfältige Abwägung der Älteren. Die Gesellschaft könne außerdem zur Innovations- und Zukunftskraft Älterer beitragen, indem sie ihnen Mut macht, mehr zu wagen, statt ihnen die benötigten Fähigkeiten per se abzusprechen.



### Kai Whittaker MdB

CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Junge Gruppe

Die jungen Generationen seien am Wohl ihrer Eltern und Großeltern interessiert, arbeiteten gern und zahlten auch bereitwillig Rentenbeiträge, betont Kai Whittaker MdB zu Beginn seines Impulsstatements. Fraglich sei für sie vielmehr: „Wird der Generationenvertrag noch existieren, wenn wir selbst einmal alt sind, und wenn ja, in welcher Ausprägung?“ Fehlendes Vertrauen, im Alter selbst Leistungen aus dem umlagefinanzierten Sozialsystem zu erhalten, untergrabe im Fall der Rente die Legitimation der Sozialversicherungen. Statt aktivem Protest entstehe bei den Jüngeren aber eine wesentlich gefährlichere Lethargie, denn fehlender Druck auf die Politik drohe eine notwendige rechtzeitige Anpassung zu verhindern. Anders als derzeit der Fall, müsse die politische Rentendiskussion über das Jahr 2030 hinausgehen.

Einen höheren Steuerzuschuss zur Finanzierung höherer Renten zu fordern, sei unehrlich und belaste die Mittelschicht, da die Beitragszahler in der Regel zugleich auch die tragenden Steuerzahler seien. Der 32-jährige CDU-Politiker bezweifelt des Weiteren, dass mit heutigen Steuerüber-



Margaret Heckel, Moderatorin der Tagung.

schüssen mittelfristig Finanzierungsrücklagen für die Rente aufgebaut werden könnten. Die Vergangenheit zeige, dass diese von der Politik nie unangetastet blieben. Besser sei es, jungen Menschen durch Steuersenkungen zu ermöglichen, freiwillig private Rücklagen fürs Alter aufzubauen, welche das Rentensystem entlasten.

„Ältere und Jüngere sind keine natürlichen Feinde“, betont Whittaker. Es seien beispielsweise die Älteren gewesen, welche in seinem Wahlkreis einen Generationenwechsel gefordert hätten. Auch Beispiele aus den USA und Großbritannien zeigten, dass die Generationen Koalitionen eingingen. Das Zusammenwirken hänge in erster Linie vom Thema ab. Entscheidungsträger sollten daher primär Interdependenzen über Generationen hinweg besser erklären, statt „Enkeldenen“ bei den Älteren erzwingen zu wollen. Er merkt außerdem an, dass in seiner Partei intergenerationell kontrovers diskutiert werde, obgleich diese Auseinandersetzungen nicht immer öffentlich ausgetragen würden.

Abschließend spricht sich Whittaker für eine wissenschaftlich fundierte Vereinheitlichung von Jugendaltersgrenzen aus. Das Wahlalter sei immer willkürlich gesetzt und marginale Herabsetzungen schienen zwar stets möglich – irgendwann Fünfjährige wählen zu lassen, sei jedoch abstrus.





### Johanna Uekermann

*Juso-Bundesvorsitzende,  
Mitglied im SPD-Parteivorstand*

Johanna Uekermann zeigt sich alarmiert, dass sich augenscheinlich immer weniger junge Menschen von der Politik repräsentiert fühlen. Laut einer Umfrage hätten 70 Prozent das Gefühl, Politiker interessierten sich nicht für „ihre Themen“, und wünschten sich von den Volksvertretern mehr „Gesellschaftsvisionen“. Die Sorgen der Jüngeren beträfen vor allem unbefristete Arbeitsverträge, bezahlbaren Wohnraum und die Familiengründung. Daher fordert sie Unterstützung beim Start in das Berufsleben und Investitionen in die Zukunft junger Menschen. Bei der Debatte um Nachhaltigkeit dürfe es nicht ausschließlich um die Ausgewogenheit der öffentlichen Finanzen gehen, da man den künftigen Generationen nicht nur Schulden, sondern auch Infrastruktur und Wissen hinterlasse. Investitionen seien nachhaltiger und zukunftsorientierter als Steuersenkungen, argumentiert Uekermann.

Die Politikerin spricht sich zudem gegen Rentenkürzungen aus. Vielmehr sollte man das Rentenniveau – auch im Sinne der Jüngeren – perspektivisch erhöhen. Die Unterstützung Erwerbsgeminderter und die Einführung einer Solidarrente könnten Altersarmut effektiv entgegenwirken. Niedrige Renten seien langfristig vor allem durch Verbesserungen im Erwerbsleben zu bekämpfen. Dies erfordere höhere Löhne und Tarifbindung, die Aufwertung sozialer Berufe und die Begrenzung von Minijobs und Leiharbeit. Da Kinderarmut auf Elternarmut zurückzuführen sei, würden solche Arbeitsmarktreformen auch den Jüngeren zugutekommen. Darüber hinaus kritisiert sie die Ungleichverteilung der Vermögen und Erbschaften in Deutschland. Aus diesem Grund solle die Politik den Fokus auf Umverteilung zwischen Reich und Arm legen, statt Jung und Alt gegeneinander auszuspielen.

Die Juso-Bundesvorsitzende plädiert überdies für eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 16 Jahre für alle Wahlen. Von 16-Jährigen würden bereits Entscheidungen verlangt, die ihr ganzes Leben prägten – in der Demokratie dürften sie unverständlicherweise aber nicht mitentscheiden. Dafür bedürfe es besserer und verstärkt politischer Bildung sowie einer altersgerechten Aufbereitung von Politik Inhalten.



### Wolfgang Gründinger

*Sprecher  
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen*

Wolfgang Gründinger plädiert in seinen Beiträgen für eine fundiertere Priorisierung der Politikthemen. Die „latente Macht der Älteren“ äußere sich in einem vorauseilenden Gehorsam der Politiker, welche sich in ihren Schwerpunktsetzungen und Entscheidungen am vermeintlichen Mehrheitswillen der Älteren orientierten. Ältere wollten in der Mehrheit etwas anderes als Jüngere: Über den Lebensverlauf hinweg veränderten sich die Zustimmungsmuster zu Themen wie Kindergeld, flexibleren Arbeitszeiten für Eltern, dem Ausbau der Kinderbetreuung oder Rentenerhöhungen. Sogar innerhalb der politischen Partei würden kulturelle Fragen von Jung und Alt jeweils anders beantwortet. Obwohl (Groß-)Elternschaft zweifelsohne die Einstellungen altersunabhängig beeinflusse, spiele das chronologische Alter also durchaus eine Rolle.

In seinen Augen gebe es derzeit eine überzeichnete Debatte um Altersarmut. Kinderarmut sei schon heute ein weit gravierenderes Problem, es finde aber im Gegensatz zu niedrigen Renten kaum Beachtung in Politik und Medien. Die beiden Altersgruppen dürften zwar nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im System begründete Rentenerhöhungen seien beispielsweise fair und an dieser Stelle nicht in Frage zu stellen. Doch angesichts knapper finanzieller Mittel müsse bei der Allokation zusätzlicher Gelder eine abgewogene Priorisierung stattfinden. Man müsse sich zwischen Rentengeschenken an die Mittelschicht und Investitionen zum Wohl armer Kinder entscheiden.

Ferner plädiert der Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen für die Abschaffung des Mindestwahlalters. Andere Altersgrenzen dienten dem Jugendschutz, doch das Wahlalter sei von der Sache her anders: Jugendliche müssten nicht vor Demokratie geschützt werden, vielmehr sei es notwendig, Demokratie zu erlernen. Weil jeder Mensch die gleiche Würde habe, solle er auch das gleiche Wahlrecht bekommen: Die Devise laute „ein Mensch, eine Stimme“. Wenn im Bundestag bereits das Wahlrecht für Demenzzranke erwogen werde, sei dies auch für junge Menschen einzufordern.